

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 296 - 34. Jahrgang
JANUAR 2026

Spendenbeitrag 50 Cent

KEIN KAHLSCHLAG IM RATHHAUS

Die deutschen Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Rostock rechnet im jüngst beschlossenen Doppelhaushalt mit einem Minus von 58 bzw. 65 Millionen Euro für 2026 und 2027 – und das ist noch wenig im Vergleich zu Städten ähnlicher Größe. Die Linke konnte in der Haushaltsdebatte schlimme Einschnitte verhindern.

Zu Beginn der Haushaltsdebatte legte unsere Fraktion mit einem Antrag den Finger in die Wunde. Die Kommunen in Deutschland sind strukturell unterfinanziert, die Defizite kein Ergebnis kommunaler Misswirtschaft. Bund und Land übertragen den Kommunen Aufgaben, ohne dies mit ausreichenden Finanzmitteln zu unterlegen. Die kostenlose Kita wird zu einem großen Teil durch die Kommunen finanziert; die Ausgaben für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigen stetig an, nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise. Unsere Fraktion beantragte nun, die Oberbürgermeisterin solle in Verhandlungen mit Land und Bund konkrete Verbesserungen erreichen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil ja alle Probleme bekannt seien. Damit verpasste

es die Bürgerschaft gleich zu Beginn, die Öffentlichkeit aufzuklären. Manche Bürger sehen nämlich das Haushaltsdefizit als Ergebnis „sozialistischer Misswirtschaft“ im Rathaus.



Vor der Bürgerschaftssitzung protestierten Gewerkschaften und Linke

Nun regiert Die Linke ja in Schwerin mit, und unsere Oberbürgermeisterin konnte berichten, dass in jüngster Zeit bereits mehr Unterstützung vom Land sichergestellt werden konnte. Mit ihr werde es keinen Kahlschlag in Rostock geben. Es werde weiter investiert. Trotz Krise sollen die freiwilligen Ausgaben für Dinge, die Rostock lebenswert machen, erhalten bleiben. Kritik äußerte Eva am Starrsinn vieler Kommunalpolitiker, die fachlich gut begründete Einwände aus der Verwaltung ignorieren und an Anträgen festhalten, die rechtlich bzw. inhaltlich nicht tragbar sind. Da allen Fraktionen der Ernst der Lage bewusst ist, hielten sie sich diesmal mit Änderungsanträgen zum Haushalt sehr zurück. Ganze 12 waren es. Am Ende gab es eine breite Mehrheit für den Doppelhaushalt. Mit Unterstützung unserer Fraktion konnten zusätzliche Mittel für die AIDS- und Suchthilfe sowie für die Sanierung von Gehwegen erkämpft werden.

Fortsetzung auf Seite 3

◀ VON MEINEN PROBLEMEN, EINE FRIEDENS- BOTSCHAFT ZU VERBREITEN

Ich erspare mir eine lange Vorrede. Es geht mir schlicht und einfach um nichts weniger als den Frieden. Der ist in Gefahr! Die Remilitarisierung nimmt täglich an Fahrt auf – und der Feind ist benannt – 2029! Putin ante portas! Das ist eine machtvolle, gewaltige Front, die da nicht nur ideologische Stimmung verbreitet. Ich will mich nicht in Details verlieren, täglich kann man durch die Medien erfahren, wie die Wiederaufrüstung Deutschlands voranschreitet. Erstaunt und erschrocken nehme ich zur Kenntnis, dass der Widerstand dagegen nicht in gleichem Maße zunimmt, wie es die Situation dringend erfordert.

Auf der Basis, die mir erlaubt meine Meinung frei zu äußern, habe ich angefangen, diese über die Presse in die Öffentlichkeit zu tragen. In bescheidenen Umfang erfahre ich Zustimmung. Aber das reicht mir nicht und ich sinne seit einiger Zeit nach anderen Möglichkeiten meine Meinung in die Öffentlichkeit zu tragen.

Ich habe eine gefunden: Gegenüber meiner Wohnung steht seit langem eine etwa 3 Meter hohe Betonsäule. Daran wurde von Zeit zu Zeit Werbebotschaften angeklebt. Herunterhängende Plakatfetzen machten die Reklamesäule immer hässlicher. Die Meisten störte das nicht, mich schon. Ich

wandte mich an die zuständige Behörde und schlug vor, diesen hässlichen Baukörper zu beseitigen. Meinem Vorschlag wurde nicht entsprochen. Hässlich und unnützlich steht die Plakatsäule weiter an ihrem Platz.

Da kam mir die Idee, die Werbefläche für mein Herzensanliegen zu nutzen und eine Botschaft anzubringen, die ich schon lange in mir trage: „Ohne Frieden ist alles nichts!“ Die Idee machte sich in mir breit und ich erdachte mir einen Plan. Der war einfach: Die Fläche auf der Säule, die ich für meine Botschaft benötigte, mußte mit weißer Farbe grundiert werden.

Fortsetzung auf Seite 4

**In dieser
Ausgabe**

**Seite 2: Rostocker Volkshaus
Seite 3: Haushaltsdebatte
Seite 3: Wehrpflicht
Seite 4: Friedensbotschaft**

**Seiten 4/5: Neujahrsgrüße
Seiten 6/7: Bürgerschaft
Seite 7: RLS-Veranstaltung
Seite 8: Aus dem Landtag**

Liebe Leserinnen und Leser,
ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. Die Daumen sind gedrückt, dass wir 2026 ohne allzu viele böse Überraschungen überstehen. In den traditionellen Neujahrsgrüßen unserer zahlreichen Kreisvorsitzenden findet Ihr den nötigen Optimismus, die vor uns liegenden Aufgaben anzupacken. Unterstützt unsere Direktkandidat*innen zur Landtagswahl im September, vielleicht gelingt uns die eine oder andere Überraschung, so dass wir im Dezember sagen können: 2026 war eigentlich ein gutes Jahr.

Natürlich wird der Wahlkampf kein Spaziergang. Der Ton werde rauer in der Bürgerschaft, zog jüngst unsere Oberbürgermeisterin Bilanz. Da wusste sie noch nicht, wie sehr es während und nach der Haushaltsdebatte eskalierte. Für ein paar Likes in den sozialen Netzwerken lässt manche/r die Masken fallen und zeigt, wes Geistes Kind er/sie ist. Wir bleiben sachlich, und wie immer heißt es:
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin



„Volkshaus Rostock“

Am 21.1. wurde im AWO-Club Südstadt eine Vortragsreihe zur Geschichte von Arbeitern, Handwerksgesellen und einfachen Angestellten Rostocks eröffnet. Die von der Initiative „Volkshaus Rostock“ organisierte Vortragsreihe läuft in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Rostock e.V., der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben (DGB/Volkshochschule), der Rosa-Luxemburg-Stiftung MV und mit Unterstützung weiterer Organisationen bis Juli.

In der Auftaktveranstaltung referierte Dr. Ingo Sens, Autor des Buches „Arbeitergroschen für Arbeiterbauten“ vor zahlreichen Teilnehmenden zum Thema „Gewerkschaftshaus Philharmonie“. Im Vortrag wurde längst Vergessenes in Erinnerung gerufen. Im größten und schönsten Saal Mecklenburgs, der 1200 Personen Platz bot, fanden Antikriegs-Kundgebungen und Wahlveranstaltungen statt, aber auch Stiftungsfeste der Arbeiterkulturvereine und klassische Konzerte. Der Kauf des Hauses und seine Unterhaltung war nur durch die bemerkenswerte Spendenbereitschaft der organisierten Arbeiterschaft und Sympathisanten möglich.

Dass dieses Gebäude heute noch erhalten ist, verdankt sich dem Umstand, dass nach den Kriegszerstörungen das Haus für das neugegründete Volkstheater Rostock genutzt wurde. In der anschließenden Aussprache beantwortete Dr. Sens Fragen der Besucher. Einer der Teilnehmer sprach sich leidenschaftlich dafür aus, dass wir uns an der Selbstlosigkeit unserer Vorfahren ein Beispiel nehmen und den Spruch „Arbeitergroschen für Arbeiterbauten“ in „Bürger-Euro für Bürgerbauten“ umwandeln und danach handeln sollen.

Eine nächste Gelegenheit, darüber nachzudenken und zu sprechen, gibt es am 18.2., wenn Dr. Eckard Schörle darüber spricht, wie Rostocker Naturfreunde das Wanderquartier Hus Uhlenflucht erbaut haben. Auch diese Vortragsveranstaltung findet im AWO-Club Südstadt (Berghotel), Südring 28b, um 17.30 Uhr statt.

Für die Initiative „Volkshaus Rostock“
Klaus Röber

AKTUELLES

„Oxfam-Bericht findet Milliarden, die Merz vergeblich im Sozialstaat sucht“

Zu aktuellen Erkenntnissen eines Oxfam-Berichts, wonach die Zahl der Milliardäre in Deutschland zugenommen hat und diese auch immer reicher werden, erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Henris Herbst:

„Während in unseren Kommunen um jeden Euro gerungen wird und viele Privathaushalte in MV unter den Kostensteigerungen bei Miete, Heizung und Wocheneinkauf leiden, häufen andere Milliardenbeträge an. So ist laut eines aktuellen Oxfam-Berichts die Zahl der Milliardäre in Deutschland um 30 % gewachsen. Auch das Vermögen deutscher Milliardäre ist um 30 % gestiegen und umfasst insgesamt ca. 840 Milliarden Dollar. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit ist niemandem mehr zu erklären und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Es ist längst überfällig, dass diese Überreichen endlich zur Verantwortung gezogen werden.“



So finden sich auch die Milliardenbeträge, die die schwarz-rote Bundesregierung um Friedrich Merz vergeblich im Sozialstaat sucht. Statt weiter nach unten zu treten, muss auch die Bundesregierung endlich anerkennen, dass Deutschland ein Verteilungsproblem hat. Es braucht Umverteilung – jetzt. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer sind längst überfällig, um dieser Ungerechtigkeit beizukommen.“

◀ KOMMUNALPOLITIK

KEIN KAHLSCHLAG IM RATHAUS

Fortsetzung von Seite 1

Kontroverser wurde das Haushaltssicherungskonzept diskutiert, mit dem die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt in den kommenden Jahren wiederhergestellt werden soll. Hier nahmen SPD, CDU und FDP das Personal der Stadtverwaltung ins Visier und schossen mit scharfer Munition. Die Idee der SPD: Bis 2040 500 Stellen in der Verwaltung abbauen, so dass nur noch 2200 Personen dieselbe Arbeit verrichten müssten. Digitalisierung mache dies möglich. Die Unterstützung von CDU und FDP war sicher.

Unsere Oberbürgermeisterin warnte vor fatalen Folgen für Stadt und Personal. Sie verwies darauf, dass der Personalzuwachs in Rostock in den letzten Jahren nicht höher war als im bundesweiten Durchschnitt. Immer wieder wurden neue Aufgaben an die Kommunen übertragen, was die Schaffung neuer Stellen erforderlich machte. Künstliche Intelligenz könne die Arbeit der Verwaltung nur in ganz geringem Umfang erledigen. Es wirke auf das Personal demotivierend, wenn man ihnen erkläre, ihre Stelle bzw. Arbeit sei eigentlich nicht notwendig. Und für die Rostocker Bürger bedeute dies eine Kürzung von Angeboten. Daraus könne ein politisch verordnetes Organisationsverschulden entstehen, d.h. die Stadt müsste für Schäden geradestehen, die Dritten durch die Schuld der Stadt entstehen.

Nurgül Senli machte für die Linke klar, dass wir die Lösung der Haushaltsprobleme auf dem Rücken der Beschäftigten entschieden ablehnen. Der Stellenabbau sei eine „kalte Entlassung durch die Hintertür“. Dadurch steige der Druck auf die



verbliebenen Beschäftigten ins Unerträgliche. Wer am Service für die Bürger spare, beschädige die demokratische Infrastruktur der Stadt. Scharf kritisierte Nurgül die SPD-Fraktion und deren „Politik mit der Kettensäge“. Auch Christian Albrecht appellierte an die SPD, ihr Vorhaben nicht umzusetzen. Niemand könne heute wissen, was Künstliche Intelligenz in einigen Jahren zu leisten imstande sei. Das sei so,

als würde er heute sagen, in 15 Jahren komme die Kernfusion und dann hätten wir Weltraumkommunismus, weil Energie nichts mehr kostet.

Niemand von den Antragsstellern hatte mit der Personalvertretung gesprochen. Schlechter Stil. Deren Vorsitzende erhielten Rederecht und zeigten sich fassungslos angesichts der Debatte. Einige Mitglieder der Bürgerschaft wüssten nicht, wie sich manche in der Verwaltung täglich den Arsch aufreißen. Die Beschäftigten würden als Kostenfaktor behandelt, statt als Rückgrat dieser Stadt. Welche Fachkräfte würden sich dann noch bei der Stadtverwaltung bewerben?

Die SPD zeigte sich unbeeindruckt und stimmte stur für den eigenen Antrag. Aber diesmal hatten SPD, CDU und FDP keine Mehrheit. Auch der Antrag von SPD, CDU und FDP, 35% der Büroflächen einzusparen, wurde abgelehnt. Die SPD wollte zudem prüfen lassen, ob derzeit im Bereich Jugend und Soziales mehr als gesetzlich vorgesehen für Hilfsbedürftige getan wird. Was für ein asozialer Antrag! Abgelehnt. CDU und FDP zeigten sich nach der Bürgerschaftssitzung als schlechte Verlierer und leisteten sich einige Entgleisungen. Vertreter beider Parteien suggerierten, die Verwaltung habe überhaupt nicht gespart. Eine Lüge, denn bereits in den Vorlagen aus dem Rathaus hatte es erhebliche Einschnitte gegeben. *Carsten Penzlin*

◀ AKTUELLES

Pflichtmusteri und Losverfahren stoppen – Mecklenburg-Vorpommern sagt Nein im Bundesrat zum Wehrdienst

Zur Abstimmung im Bundesrat über das Gesetz zur Wehrdienstfassung am Freitag erklärt **Simone Oldenburg**, designierte Spitzenkandidatin der Linken Mecklenburg-Vorpommern:

„Die von der Bundesregierung geplante Wehrdienstfassung ist ein Marsch in die Vergangenheit. Verpflichtende Musterungen und ein Wehrdienst per Losverfahren greifen massiv in die Grundrechte und die freie Lebensgestaltung junger Menschen ein. Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Meilenstein für Freiheit und Selbstbestimmung. Eine Rückkehr zum Wehrzwang – offen oder durch die Hintertür – ist unverhältnismäßig, sozial ungerecht und sicherheitspolitisch falsch. Niemals darf ein Los über die Zukunft von Menschen entscheiden.“

Der Landesvorsitzende der Linken in MV, **Hennis Herbst**, ergänzt:

„Statt Milliarden in Bürokratie, Kasernen und Zwangsdienste zu stecken, brauchen wir Investitionen in den sozialen Zusammenhalt. Die geplante Pflichtmusteri ist nichts anderes als eine Wehrpflicht durch die Hintertür. Die Linke lehnt verpflichtende Musterungen und einen Wehrdienst per Losverfahren klar ab. Wir stehen an der Seite der Schülerproteste und der Zivilgesellschaft. Deshalb wird Mecklenburg-Vorpommern dem Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zustimmen.“

A portrait of Simone Oldenburg, a woman with short blonde hair, wearing a blue denim shirt, with her arms crossed. The background is a dark, textured wall.

Zur geplanten Wehrdienstfassung:

Pflichtmusteri und Losverfahren nicht mit uns!

Die Linke
Mecklenburg-Vorpommern

◀ FRIEDENSPOLITIK

VON MEINEN PROBLEMEN, EINE FRIEDENSBOTSCHAFT ZU VERBREITEN

Fortsetzung von Seite 1

Dann wollte ich die Umriss von zwei Friedenstauben vorzeichnen und die erwähnte Botschaft „Ohne Frieden ist alles nichts!“ hinzufügen. Ich war von meiner Idee überzeugt, aber die praktischen Schritte dazu wagte ich nicht umzusetzen. Mich beschlichen Zweifel, die zugegebenermaßen etwas absonderliche Idee in die Tat umzusetzen.

Müßte ich nicht bei den zuständigen Stellen der Stadt, etwa beim Ordnungsamt, nachfragen, ob ich meine Idee umsetzen dürfe? Aber mir war klar, dass man die Umsetzung meiner Idee nicht genehmigen würde. Ich war bereit, mich über alle Bedenken hinwegzusetzen. Manchmal muss man auch mal etwas riskieren! Nach einer Phase der Resignation ermutigte ich mich wieder und begann meinen Plan umzusetzen. Im örtlichen Baumarkt besorgte ich mir alle geplanten Materialien: weißen, wetterfesten Außenanstrich, blaue Farbe für die Umriss der Friedenstauben, schwarze für die Losung, Rollen zum Auftragen der Grundfarbe, Abklebeband, Abstreichsieb und verschiedene Pinsel.

Der erste Schritt war getan. Nun ging es um die praktische Umsetzung meines Vorhabens. An einem trübem Spätnachmittag bereitete ich den Malgrund vor, klebte

die Flächen nach oben ab und versah sie mit dem weißen Anstrich. Die Arbeit ging mir gut von der Hand und ich zog mich in meine vier Wände zurück. Am nächsten Morgen leuchtete der untere Teil der Reklamesäule im reinen Weiß. Jetzt mussten die nächsten Schritte folgen und wieder beschlichen mich Zweifel.



Ist das vernünftig, was ich da vorhabe oder einfach überzogen? Das ganze Vorhaben beschäftigte und beunruhigte mich sehr. Ja, ich dachte daran, meinen Plan aufzugeben. Aber dann siegte doch mein Wille über mein Zaudern.

Es war wieder so ein trüber, regenver-

hangener Nachmittag. Ich schritt zur Tat und zeichnete mit einem Zimmermannsbleistift die Umriss der beiden Tauben und schrieb die Losung auf die Malfläche: „Ohne Frieden ist alles nichts!“ Jetzt ging es darum die Konturen der Friedenstauben nachzuziehen. Wie gesagt, es war trüb und regnerisch. Nachdem ich die ersten Linien mit blauer Farbe nachgezogen hatte, bemerkte ich, dass die Farben anfangen zu verlaufen. Hätte ich wissen müssen. Zum Glück erkannte ich noch rechtzeitig, dass ich mein „Werk“ nur bei trockenem Wetter realisieren konnte.

Der nächste Nachmittag war ein schöner, sonniger Spätherbsttag. Der Verkehr rollte wie gewohnt und die Menschen gingen an mir vorbei. Niemand nahm Notiz von meinem Tun. Ich kann einfach nicht einschätzen, welche Wirkung meine Botschaft hervorruft. In gewisser Weise fühle ich mich erleichtert. Aber eben nur „in gewisser Weise“. Ich habe meine begründete Sorge öffentlich gemacht und hoffe, dass meine Botschaft wenigstens in bescheidenem Maße Wirkung zeigt.

Aber ich will auch ehrlich sein: Große Hoffnung habe ich nicht!

Wolfgang Pfannenschmidt
BO Bützow

◀ AUS DEM LANDKREIS

NEUJAHRSGRÜSSE DER VORSITZENDEN

Liebe Genossinnen und Genossen, der Kreisvorstand des Landkreises Rostock unserer gemeinsamen Partei wünscht Euch ein gesundes Jahr 2026.

Gemeinsam müssen und werden wir eine große Herausforderung meistern, die Landtagswahl im September diesen Jahres. Dafür brauchen wir jedes Mitglied.

Den Anfang machte am 17.1. die Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Direktkandidaturen für unsere vier Wahlkreise. Für den Wahlkreis 11 wurde Luis Kröplin gewählt. Peter Georgi tritt im Wahlkreis 12 an und Grit Kowalski im Wahlkreis 15. Im Wahlkreis 16 wird Michael Noetzel antreten (siehe Foto). Alle Kandidierenden erhielten ein Votum mit Mehrheiten.

Wie geht es weiter und wie könnt Ihr Euch einbringen? Wir als Kreis-

vorstand werden das nicht alleine schaffen, wir brauchen Euch. Da es sich um die Landtagswahl handelt, denken immer noch einige; es sei die Aufgabe des Lan-



Die Direktkandidat*innen im Landkreis

desvorstandes. So ist aber nicht. Die Landespartei ist nur so stark, wie jedes einzelne Mitglied. Als Mitgliederpartei haben alle das Recht sich einzubringen. Darum möchten wir Euch bitten mitzumachen – in Euren Basisorganisationen, bei der Organisation und Teilnahme von Veranstaltungen und an Infoständen, bei Haustürgesprächen und in den noch zu bildenden Wahlkampfteams. Eine Partei ist nur so stark wie ihre Mitglieder aktiv sind.

Das Jahr 2025 hat uns einen Zuwachs an Mitgliedern beschert. Viele junge Menschen, die natürlich andere und neue Ideen haben und nicht nur zum Plakate aufhängen eingetreten sind. Wir hoffen darauf, dass die Generationen sich gegenseitig bereichern. Unser Kreisverband ist durch den Mitgliederzuwachs diverser geworden,

dies ist die Chance ein neues Wählerklientel für uns zu gewinnen. Gemeinsam wird es uns gelingen.

Ein Thema im Landtagswahlkampf wird „Soziale Gerechtigkeit“ sein. Dies betrifft auch viele Menschen in unserem Landkreis. Sei es die Heizkostenabrechnung, der teure Pflegeheimplatz für Eltern und Großeltern, komplizierte Anträge auf finanzielle Unterstützung, Wohngeld, Bür-

gergeld, Unterhaltszahlungen und vieles mehr. Im Land hat sich daher die „LAG Die Linke hilft“ gegründet, im Landkreis gibt es eine Arbeitsgruppe. Von Sozialberatung bis Einkaufshilfe/Nachbarschaftshilfe bieten wir den Menschen in unserem Landkreis Unterstützung an. Wir suchen noch Mitstreitende – bei Interesse meldet Euch bei Karen Larisch, 0174/4933644.

Am 24.1. fand die Programmkonferenz

statt, alle Mitglieder wurden eingeladen um das Landtagswahlprogramm mit zu gestalten. Unser Motto lautet: Niemals alleine – immer zusammen.

In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns ein erfolgreiches Jahr 2026!

*Im Namen des Kreisvorstandes
Karen Larisch und Luis Kröplin*

◀ KREISVERBAND ROSTOCK

NEUJAHRSGRÜSSE DER VORSITZENDEN

2026: Rostock verteidigen,
Zukunft erkämpfen

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Jahreswechsel richten wir den Blick nach vorn: auf das, was vor uns liegt, und auf das, was wir gemeinsam verändern können. Denn 2026 wird auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ein richtungsweisendes Jahr. Und Rostock spielt dabei eine Schlüsselrolle. Als Linke greifen wir bei der Landtagswahl in allen vier Rostocker Wahlkreisen an, weil wir wissen: Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen, die nur zusammen mit dem Land bewältigt werden können.

Rostock wächst und entwickelt sich auch in schwierigen Zeiten weiter. Genau deshalb wollen wir auch vom Landtag aus dafür sorgen, dass wichtige soziale Errungenschaften nicht zur Verhandlungsmasse werden, sondern weiter gestärkt werden. Dazu gehören das kostenlose Schülerticket, eine kommunale Essensversorgung in Schulen und Kitas sowie Jahrhundertprojekte wie das neue Volkstheater und der so dringend notwendige Neubau von Wohnungen.

Wir gehen in den Wahlkreisen mit erfahrenen Bürgerschaftsmitgliedern ins Rennen, die Rostock aus ihrer täglichen Arbeit kennen und in ihren Stadtteilen verwurzelt sind. Mit ihnen wollen wir für ein Mecklenburg-Vorpommern kämpfen, in dem Politik für die einfachen Leute gemacht wird und nicht für Konzerne oder den Meistbietenden. Denn Gerechtigkeit passiert nicht von allein. Sie muss erkämpft, organisiert und politisch durchgesetzt werden.

Dabei ist für uns ebenso klar: Wir kämpfen entschlossen gegen die rechtsextreme AfD, die in Mecklenburg-Vorpommern die Machtergreifung probt. Wer Menschen gegeneinander aufhetzt, wer Demokratie verachtet und Solidarität zerstören will, bekommt unseren Widerstand. Das gilt auf der Straße genauso wie im Parlament.

Gerade in Zeiten globaler Krisen und eskalierender Aufrüstung sagen wir unmissverständlich: Frieden ist kein Lippenbekenntnis, sondern eine politische Verpflichtung.

Rostock ist seit Jahren eine Stadt mit massiver militärischer Präsenz und genau das ist ein Problem. Wir akzeptieren nicht, dass Militarisierung als gegeben, unvermeidlich oder gar als Standortvorteil verkauft wird. Unsere Bedenken sind eindeutig: Rostock darf nicht Spielball skrupelloser Militärs von Marine und Bundeswehr sein. Wenn sich Militärs zunehmend den öffentlichen Raum aneignen, wenn Kriegsschiffe, Uniformen und Werbeauftritte im Rahmen der Hanse Sail als vermeintlich abenteuerliches Spektakel inszeniert werden, dann ist das nichts anderes als gezielte Verharmlosung von Krieg. Spätestens dann, wenn die Bundeswehr in Einkaufszentren junge Menschen anwirbt, wird deutlich, worum es wirklich geht: nicht um Sicherheit, sondern um Rekrutierung, Normalisierung und die Akzeptanz von Gewalt als politischem Mittel.

Diese Logik bleibt nie bei Worten stehen. Sie endet in Eskalation, Zerstörung und Leid. Und genau das sehen wir aktuell: Die USA haben Venezuela überfallen. Wir sagen unmissverständlich: Das ist keine „Verteidigung“, das ist imperiale Gewaltpolitik. Bomben statt Diplomatie, Drohung statt Verhandlung, Machtfantasien statt Völkerrecht. Wir sagen klar: Dieser Überfall ist ein Verbrechen und muss international verurteilt werden. Das Trump-Regime handelt hier als faschistischer Kriegstreiber, getrieben von Kontrolle, Interessen und der Arroganz, sich über Regeln und Menschenleben hinwegsetzen zu dürfen. Unsere Konsequenz ist eindeutig: Sofortiger Stopp der Angriffe und Schluss mit einer globalen Gewaltpolitik, die überall Leid produziert. Frieden ist keine Schwäche. Frieden ist Widerstand gegen den Wahnsinn.

Genauso klar ist für uns: Rostock steckt in einer schweren finanziellen Lage und genau deshalb ist jetzt politische Haltung gefragt. Für uns steht fest, Rostock steht nicht zum Ausverkauf. Weder an Investoren aus der Nachbarschaft noch an Immobilienkonzerne aus

Hamburg, Berlin oder sonst wo. Wir werden nicht zulassen, dass unter dem Deckmantel knapper Kassen das kommunale Tafelsilber verschleudert wird. Öffentliche Grundstücke, Wohnungsbestände, Infrastruktur und Daseinsvorsorge gehören den Menschen dieser Stadt und nicht den Renditeinteressen einer Immobilienwirtschaft, die Rostock nur als Geschäftsmodell betrachtet. Wer heute fordert, kommunales Eigentum zu verkaufen, um kurzfristige Haushaltslöcher zu stopfen, handelt verantwortungslos und gegen die Zukunft unserer Stadt.

Denn am Ende hängt alles zusammen: Wer Kriegspolitik normalisiert, wer die Demokratie von rechts bekämpft und wer die öffentliche Hand ausblutet, der macht unsere Gesellschaft schwächer und die Faschisten stärker. Wir stehen als Garant für eine starke Kommune, für den Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums und für eine Stadtpolitik, die sich nicht erpressen lässt. Wir werden Rostock davor bewahren, dass das, was Generationen aufgebaut haben, aus purer Profitgier verramscht wird. Unsere Stadt gehört nicht dem Markt. Unsere Stadt gehört ihren Menschen.

In diesem Sinne wünsche ich euch einen guten Start ins neue Jahr. Lasst uns 2026 gemeinsam zu einem Jahr machen, in dem wir Haltung zeigen, Verantwortung übernehmen und für Rostock eine starke, solidarische und friedliche Zukunft erkämpfen.

*Mit solidarischen Grüßen
Eure Kreisvorsitzenden
Nurgül Senli und Sandro Smolka*



◀ AUS DER BÜRGERSCHAFT

DREI BÜRGERSCHAFTSSITZUNGEN

Vor über sechs Jahren trafen sich Bürger*innen und Kommunalpolitiker*innen im Rathaus, um konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Rostocks Klimaneutralität zu diskutieren. Viele Vorschläge wurden eingesammelt, wer weiß was aus ihnen wurde. Es kam Corona, dann andere Krisen. Am Ziel Klimaneutralität 2035 wurde festgehalten, aber wann immer es konkret wurde, tat sich die Bürgerschaft schwer damit, den von ihr selbst gefassten Beschluss mit Leben zu füllen. Zumindest beim Thema Wärmewende ist Rostock Vorreiterin.

Nun beantragte die FDP auf der letzten Bürgerschaftssitzung des Jahres 2025, das Ziel der Klimaneutralität 2035 aufzugeben. Sie beklagte eine bis heute fehlende Untersetzung des Ziels durch einen Plan, Zeitpfad und Kosten. Robert Kröger erwiderte für unsere Fraktion, dass wir größere Ambitionen hätten, als nur die gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen umzusetzen. „Wenn wir an der Ostsee nicht verstehen, was Klimakrise heißt, wer dann? (...) Der Klimaschutz eignet sich nicht für Ihren Kulturkampf und deshalb lehnen wir ab.“ Unsere Oberbürgermeisterin erklärte, wie die Stadt an einem realistischen Transformationspfad arbeite und wie kompliziert dies sei. Ob Rostock 2035 klimaneutral sei oder Jahre später, wisse sie derzeit nicht, aber die Annahme des FDP-Antrages nehme Schwung aus dem Verfahren. Vom BSW kam noch das Argument, dass wir vor Ort nichts fürs Weltklima tun können. Die neue Hansefraktion beklagte die hohen Kosten für die Verbraucher. Das wurde alles mit Argumenten widerlegt, aber was zählen schon Argumente und Fakten.

Knapp wurde der FDP-Antrag durch einen rechten Block aus AfD, FDP, CDU und BSW angenommen. Jetzt muss man schauen, welche konkreten Auswirkungen auf Verwaltungshandeln sich daraus ergeben.

Eine Mehrheit fand der Antrag der Grünen, ein Konzept zur Optimierung der Altkleiderentsorgung zu entwickeln, um die unhaltbaren Zustände an den Altkleider-Containern abzustellen. Werft dort bitte nur Sachen rein, die andere noch tragen wollen!

Die Erweiterung des Überseehafens wird künftig von einem Hafenbeirat begleitet werden, in dem verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein sollen. Kontrovers diskutiert wurde das Vorhaben der Stadtverwaltung, die Ausbreitung von Ferienwohnungen in Warnemünde zu verhindern. CDU und FDP versuchten

mit teils abenteuerlichen Einwänden, diesen vernünftigen Kurs zu sabotieren bzw. aufzuweichen. Schließlich geht es auch um wirtschaftliche Interessen. Ein Hotel könnte ja abbrennen und dann nach den neuen Regelungen nicht wieder errichtet werden, befürchtet die CDU. Ja wer kennt sie nicht, die vielen abgebrannten Hotels in Deutschland. Toralf Herzer legte für unsere Fraktion dar, worum es wirklich geht. Warnemünde solle kein Ferienpark werden, sondern ein Ort zum Leben und Wohnen bleiben, mit lebendigen Nachbarschaft-

dies zu kontrollieren. Trotzdem fand ein Änderungsantrag der Grünen eine Mehrheit, wonach es Ruhezone geben könne, falls der zuständige Ortsbeirat dies wünsche. Zentrale Feuerwerke wird es nicht geben.

Bleibt die Frage, wer die Ruhezone durchsetzen soll. Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD)? Unsere Fraktion wollte kürzlich in einer Anfrage wissen, was die Stadt bzw. der KOD dagegen unternehmen, dass im Winter Grundstückseigentümer ihrer Räumspflicht nicht nachkommen. Die Ant-



Fraktionssitzung unterm Dach des Rathauses

ten und einem Miteinander, auch in der Nebensaison. Das Wohnen müsse durch rechtssichere Regeln geschützt werden. Dem folgte die Mehrheit der Bürgerschaft.

Am 21. Januar beratschlagte die Bürgerschaft darüber, wie man den 31. Dezember wieder zu einem sicheren Tag machen könnte. Früher war Silvester ein schöner Jahresabschluss mit Feuerwerk und Sekt. Heute ist es – neben den Hansa-Heimspielen – ein Anlass für völlig verblödete Jungs und Männer, mal richtig die Sau raus zu lassen. Es folgte die jährliche Böllerverbotdiskussion, die natürlich zu nichts führt, denn ein Böllerverbot in Deutschland kommt so sicher wie ein Tempolimit auf Autobahnen. Auf kommunaler Ebene versuchten nun die Grünen, Bewegung in die Sache zu bringen. Feuerwerksverbot am Strand und Ruhezone in den Stadtteilen, so die Idee. Die Linke ergänzte den Vorschlag, an zwei Orten in Rostock zentrale Feuerwerke durch die Stadt organisieren zu lassen. Christian Albrecht legte die vielen Gründe dar, mit denen man rational Feuerwerke verbieten müsste. Da ein Verbot aber unrealistisch sei, solle man Alternativen schaffen, damit möglichst viele Menschen vom privaten Böllern Abstand nehmen. Die Idee von Ruhezone stieß in Bürgerschaft und Verwaltung auf den Vorbehalt, dass man nicht das Personal habe,

wort: Beschwerden gab es viele, Kontrollen sehr wenige, Strafen überhaupt keine. So wird es mit den Ruhezone auch laufen.

Kontrovers diskutiert wurde der Antrag der Linken „Keine Akzeptanz für völkerrechtswidrige Kriegspolitik – US-amerikanische Kriegsschiffe sind in Rostock unerwünscht“ (siehe Pressemitteilung unten). Schon früher habe die Bürgerschaft in außenpolitischen Krisen Haltung gezeigt, argumentierte Christian Albrecht. „Kein Appeasement gegenüber Aggressoren“ müsse auch im Falle Trumps gelten. Wer könne ausschließen, dass nicht auch Deutschland ins Fadenkreuz Trumps gerate? In der Debatte schloss sich die CDU der Kritik an Trump an. Aber: Der Antrag der Linken sei Symbolpolitik auf BSW-Niveau, er solle einen Riss in der deutsch-amerikanischen Freundschaft aufmachen. Der CDU-Redner und die AfD unterstellten uns Sympathien für den „kommunistischen Diktator“ Maduro. Populismus auf BSW-Niveau und billigen Antiamerikanismus sah auch die SPD. Die Forderungen seien politischer und gesellschaftlicher Sprengstoff. Auch die FDP bekannte sich zur NATO. Dass eine neue Weltordnung entstanden sei, so die Aussage vom Bundeskanzler in Davos, ist in der Rostocker Bürgerschaft noch nicht angekommen. Nachdem Trump wenige Stunden zuvor in Davos mit Standing

Ovations begrüßt worden war, verpasste es nun die Bürgerschaft, ein Signal in die andere Richtung zu setzen.

Berichterstatte: Carsten Penzlin

PRESSEMITTEILUNG: Mit dem Antrag „Keine Akzeptanz für völkerrechtswidrige Kriegspolitik, US-amerikanische Kriegsschiffe sind in Rostock unerwünscht“ setzt die Linksfraktion in der Bürgerschaft ein klares Zeichen gegen die völkerrechtswidrige Kriegspolitik und militärische Machtdemonstration der USA. Die Bürgerschaft soll feststellen, dass US-amerikanische Kriegsschiffe in Rostock unerwünscht sind und keinerlei kommunale oder hafenbetriebliche Unterstützung, Betreuung oder repräsentative Einbindung erhalten dürfen. Der Fraktionsvorsitzende Christian Albrecht erklärt dazu: „Wer internationales Recht bricht, Staatsoberhäupter samt Ehepartnerin entführt und militärische Gewalt als politisches Mittel einsetzt, ist in Rostock nicht erwünscht. US-Kriegsschiffe sind keine harmlosen Gäste, sie sind schwim-

mende Symbole von Gewalt, Einschüchterung und imperialer Machtpolitik.“ Hintergrund des Antrags ist der völkerrechtswidrige Überfall der Vereinigten Staaten auf Venezuela sowie das Kidnapping und die Entführung des venezolanischen Präsidenten gemeinsam mit seiner Ehefrau. „Es geht nicht um Menschen, sondern um staatliche Gewaltapparate. Rostock darf kein Anlegeplatz für das Trump-Regime mit seiner imperialen Kriegsmacht sein, die Demokratie mit Füßen tritt und internationales Recht offen missachtet“, so Albrecht weiter. Der Antrag stellt ausdrücklich klar, dass humanitäre Hilfe in akuten Notlagen selbstverständlich unberührt bleibt. Was jedoch endet, ist jede Form der Normalisierung von Kriegspolitik: keine Logistik, keine Unterstützung, keine Empfänge und keine symbolischen Bilder der Akzeptanz. „Rostock muss Haltung zeigen. Wer Krieg führt, entführt und destabilisiert, ist nicht willkommen. Nicht im Hafen, nicht im Rathaus und nicht im öffentlichen Raum.“

Karl August Arndt
19.02.1927 - 03.12.2025
Er war 73 Jahre Mitglied.
Seine Botschaft: Frieden.



Ich werde an Ihn denken. Henry

◀ VERANSTALTUNGEN

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Buchvorstellung: «Klima und Kapitalismus. Plädoyer für einen ökologischen Sozialismus»

Buchvorstellung mit Maximilian Hauer und Maria Neuhauss im Rahmen des politischen Donnerstags

Wie die Linke auf die Klimakrise politisch reagieren soll und welche theoretische Analyse dafür notwendig ist, ist heftig umstritten. In der Klimabewegung rufen viele dazu auf, sich an den einschlägigen Expert*innen zu orientieren. Andere

wiederum sehen in ökologischen Fragen eher ein ideologisches Steckenpferd privilegierter Mittelschichten und banalisieren die Dramatik des Klimawandels. Dieser ist inzwischen in vollem Gange: 2024 lag die globale Durchschnittstemperatur erstmals 1,6 Grad Celsius über der Temperatur des vorindustriellen Zeitalters, die magische 1,5-Grad-Marke des Pariser Klimaabkommens wird demnach bald dauerhaft überschritten sein. Doch das fossile Kapital sitzt weiterhin fest im Sattel und die politischen Entwicklungen lassen nicht hoffen, dass sich daran

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE1313050000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

so bald etwas ändern wird. Während die Klimakrise weiter eskaliert, fehlen den Bewohner*innen der am stärksten betroffenen Erdregionen die Mittel, sich ausreichend gegen deren Folgen zu schützen. In „Klima und Kapitalismus – Plädoyer für einen ökologischen Sozialismus“ betten die Autor*innen naturwissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel in eine marxistische Kritik der kapitalistischen Produktionsweise ein und begründen daraus ein Plädoyer für einen ökologischen Sozialismus: eine Gesellschaft, in der über das Wie und Was der Produktion demokratisch entschieden wird und menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Nur unter diesen Bedingungen können die drängenden ökologischen Fragen der Gegenwart wirklich angegangen werden.

Peter-Weiss-Haus
Kartenraum
Doberaner Str. 21
18057 Rostock
12.02.2026, 19:00 - 21:00 Uhr

AUS DEM LANDTAG

Söders Vorstoß ist respektlos gegenüber Ostdeutschland und den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern

Zum Vorstoß von CSU-Chef Markus Söder, Bundesländer zusammenzulegen, erklärt Simone Oldenburg, designierte Spitzenkandidatin der Linken Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl:

„Markus Söders Vorschlag löst die strukturellen Probleme der Länderfinanzen nicht und setzt auf Ellenbogen statt auf eine auskömmliche Finanzierung der Bundesländer. Die finanziellen Handlungsspielräume

Söders Wundertüte: Der nächste sinnlose



me der Länder müssen endlich ausgebaut werden, etwa durch die Einführung einer Vermögenssteuer, die den Ländern zugutekommt. Statt mit markigen Sprüchen Schlagzeilen zu produzieren sollte sich Söder bei seinen Parteifreunden in Berlin außerdem lieber dafür einsetzen, dass der Bund Pflichtaufgaben endlich vollständig refinanziert und Investitionsprogramme für soziale Infrastruktur und ländliche Räume verstärkt. Nur so können die Menschen vor Ort gute Bildung, Pflege und Betreuung erhalten, ohne dass Kommunen neue Gebühren erheben oder Angebote kürzen müssen.“

Oldenburg weiter: „Söder regiert eines der reichsten Bundesländer, lässt dort Mieten explodieren und versäumt massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und Pflege. Dieses Versagen sollte er eingestehen, statt Regionen gegeneinander auszuspielen. Wir machen da nicht mit! Hände weg von Mecklenburg-Vorpommern!

Besorgniserregende Entwicklung der Preise auf dem Wohnungsmarkt für 2026

Zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern erklärt der wohnungs- und baupolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Daniel Trepsdorf:

„Zum Jahreswechsel 2026 gibt es keine Entwarnung auf dem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern. Steigende Miet- und Kaufpreise, ein stagnierender Bestand an Sozialwohnungen sowie rückläufige Fertigstellungen neuen Wohnraums zeigen deutlich: Bezahlbares Wohnen droht für immer mehr Menschen zum Luxusgut zu werden.

Aktuelle Analysen zeigen, dass sowohl Mieten als auch Immobilienpreise im Land weiter anziehen – besonders in den Städten, aber zunehmend auch in touristisch geprägten Regionen. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die soziale Balance, sondern auch die wirtschaftliche und demografische Stabilität unseres Landes. Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht. Überhöhte Mieten sind kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis eines auf Profitmaximierung ausgerichteten Wohnungsmarktes.

Wir sehen diese Realität und nehmen sie ernst. Wir setzen nicht auf den Wohnungsmarkt als Selbstläufer, sondern auf eine aktive Gestaltung, die langfristig angelegt ist und bewusst über Legislatur- und Wahlperioden hinausgeht. Ziel ist es, strukturelle Ursachen hoher Mieten zu bekämpfen, statt nur Symptome zu verwalten.

Wir setzen uns für eine wirksame Mietpreisbremse ein, die ihren Namen verdient. Öffentliche Förderprogramme für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus werden gezielt gestärkt und dabei setzen wir auf öffentliche und kommunale Wohnungsunternehmen. Als Letztes liegt unser Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum. Hier wollen wir verstärkt innovative Konzepte einsetzen, denn es braucht Lösungen, die Abwanderung stoppen und neue Perspektiven eröffnen.

Bezahlbares Wohnen ist eng verknüpft mit Mobilität, medizinischer Versorgung, Bildung und sozialer Infrastruktur – und das sind unsere Kernthemen für 2026. Wir verstehen Wohnen als zentrale soziale Frage unserer Zeit.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Wohnungspolitik, die soziale Sicherheit schafft, wirtschaftliche Stabilität fördert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Wir stehen für diesen Kurs – heute, morgen und über jedes Wahljahr hinaus.“



Gewinner: Der Winter. Es gibt ihn noch.
Verlierer: Maduro

ZAHL DES MONATS

Allein an Rostocker Schulen entstanden im Jahr 2024 Kosten in Höhe von mehr als 36.000 Euro für die Beseitigung von Graffiti und Glasbruchschäden durch externe Firmen.

ZITIERT

„Seit über 5 Stunden hier und gerade jammernd uns der zweite Personalvertreter die Ohren voll wie schlimm alles ist. Die haben alle komplett den Bezug zur Realität verloren, wo Leute den ganzen Bumms erwirtschaften müssen, der hier ausgegeben wird.“ FDP-Fraktionsvorsitzende Pittasch während der Haushaltsdebatte in der Bürgerschaft.



Korruptions-Skandal bei Vonovia: Manager lässt sich Bad vergolden!

Jahrelang haben sich Vonovia-Manager mit Luxusgeschenken bestechen lassen. Dafür haben sie Firmen-Aufträge unter der Hand vergeben und sich ihr Luxusleben finanziert! Die Manager kassierten über 150.000 Euro an Schmiergeld und ließen sich ihre Privathäuser gratis renovieren. Einer von ihnen hat sich sogar sein Badezimmer vergolden lassen. Kostenpunkt: 50.000 Euro!

So kann es nicht weiter gehen! Wir wehren uns gegen die Mieten-Mafia. Wir brauchen Transparenz und echte demokratische Kontrolle statt Korruption und Vetternwirtschaft. Deshalb: Vonovia vergesellschaften!